

//news.ninems.com.au; www.channelnewsasia.com/stories; www.newsday.com/business, 6.3.06; http://finance.news.com.au; www.thecouriermail.news.com.au/common; www.forbes.com, 6.3.06; www.lasvegassun.com, 6.3.06; SCMP, 6., 7.3.06; TS, 7.3.06; WSJ, 7.3.06; PD, 7.3.06)

Mit Air Macau nach Europa

Air Macau plant, via Bangkok Europa anzufliiegen. Dies sieht ein Abkommen mit Thai Airways vor, so David Frei, Hauptgeschäftsführer von Air Macau. Von März 2006 an sollen 15 Ziele in Europa von Bangkok aus bedient werden. Frei nannte für 2005 ca. 2,61 Mio. US\$ an ungeprüften Verlusten der Fluglinie, nach Gewinnen von 9,26 Mio. US\$ im Jahr 2004. Dies sei im Wesentlichen auf eine Zunahme der Betriebskosten aufgrund höherer Treibstoffpreise zurückzuführen. Air Macau, deren Hauptmarkt die Verbindung zwischen Taiwan und dem Festland bildet, hat als Hauptanteilseigner die China National Aviation Corporation (Macau) (51%) und SEAP – Serviços, Administração e Participações, die TAP Portugal einschließt – (20%). Das restliche Kapital wird von der Macau Society of Tourism and Entertainment (14%), der Regierung der SVRM, der taiwanischen Fluggesellschaft Eva Air (5%) und einer Gruppe kleiner privater Investoren gehalten. Air Macau hat 2005 über 2 Mio. Passagiere befördert und fliegt 18 Zielorte in China, Taiwan, Thailand, Südkorea und den Philippinen an.

Auch Viva Macau, Billigflieger mit Sitz in Macau, hofft, bis Ende 2007 Flüge nach Portugal anbieten zu können. Die portu-

giesischsprachige Wochenzeitung *O Clarim* berichtete, dass die Fluggesellschaften TAP und Air Luxor ihre Absicht erklärt hätten, mit Viva Macau bei der Eröffnung von Flügen zwischen Macau und Europa zusammenzuarbeiten. Viva Macau ist auf der Suche nach Geschäftspartnern in Europa. Ein Manager der Fluglinie bestätigte, dass die Möglichkeiten zu einer Zusammenarbeit mit TAP und Air Luxor geprüft würden. Es handelt sich jedoch zunächst einmal um Absichtserklärungen, Protokolle wurden noch nicht unterzeichnet. Auch muss noch ein geeigneter Zwischenstopp – möglicherweise Abu Dhabi – gefunden werden, da die Flugflotte nach acht Stunden auftanken muss. Zunächst sollen Maschinen vom Typ Boeing 767 gemietet, ab 2010 Airbuse gekauft werden. Die Ticketpreise sollen laut *O Clarim* 30% billiger sein als bei der Konkurrenz. Im Sommer nimmt Viva Macau den Flugverkehr zwischen Macau und Jakarta auf. (www.macauhub.com.mo, 15.2.06; www.blogmacau.info, 15.2.06)

Taiwan

Hans-Wilm Schütte

Rummel um Abschaffung des Vereinigungsrats

Bekanntlich spielen Symbole im politischen Streit oft eine größere Rolle als substanzielle Fragen. Selten allerdings dürfte die Diskrepanz zwischen Form und Inhalt größer sein als bei dem Ereignis, das im Berichtszeitraum Februar-März 2006 die größten Wellen schlug – politisch sowie in der

weltweiten Berichterstattung. Die Rede ist von der faktischen Aufhebung bzw. Außer-Kraft-Setzung des Nationalen Vereinigungsrates (Guojia Tongyi Weiyuanhui) und seiner Richtlinien für die nationale Vereinigung (Guojia Tongyi Gangling). Nachdem Präsident Chen bereits Ende Januar einen entsprechenden Schritt angekündigt hatte, gab er die Entscheidung auf der Nationalen Sicherheitskonferenz vom 27. Februar bekannt (zum chinesischen Redetext siehe www.mac.gov.tw, zum englischen Redetext siehe www.mac.gov.tw/english/english/macpolicy/ch950227e.htm).

Tatsächlich handelte es sich dabei lediglich um die Bestätigung des Faktums, dass der Nationale Vereinigungsrat ohnehin seit 1999 nicht mehr zusammengetreten war und die von ihm formulierten Richtlinien nichts mehr waren als ein wohlklingendes Programm aus einer anderen Ära – und ohne Verbindlichkeit für irgendwen. Weder der Vereinigungsrat selbst, der 1990 vom damaligen Präsidenten Lee Teng-hui (Li Deng-hui) einberufen worden war, noch die von dem Gremium 1991 formulierten Richtlinien hatten bzw. haben Gesetzesrang. Einige nennenswerte Funktionen entfalteten sie lediglich in den Jahren 1990 bis 1992, als der später wieder unterbrochene Dialog zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße in Gang gesetzt wurde. Schon Lee Teng-hui hatte sich zum Ende seiner 1999 ausgelaufenen Amtszeit hin immer deutlicher von dem 1990 noch verfolgten Ziel entfernt, eine Wiedervereinigung mit China zu erreichen. Für den Vorlauf der chinesisch-taiwanischen Beziehungen waren Gremium und Richtlinien spätestens ab 1996 ohne Belang. So gesehen

tat Präsident Chen nichts, als einen Leblosen für leblos zu erklären. Er selbst formulierte, Gremium und Richtlinien existierten nur noch dem Namen nach. Ein faktischer Unterschied zwischen Vorher und Nachher ist dabei nicht feststellbar.

Die symbolische Bedeutung war freilich enorm, denn der Vereinigungsrat samt seinen Richtlinien implizierten ja das Fortbestehen des geeinten China als Ideal beider Seiten der Taiwanstraße und als Ziel taiwanischer Politik. Zudem hatte Chen Shui-bian bei seiner Antrittsrede als Präsident im Mai 2000 erklärt, die Abschaffung des Nationalen Vereinigungsrates und der Richtlinien nicht auf die Tagesordnung setzen zu wollen (vgl. C.a., 5/2000, S. 514). Chens Wortwahl, die es vermeidet, von Abschaffung zu reden, sondern von *zhongzhi yunzuo* spricht, was in der offiziellen englischen Übersetzung als „cease to function“ erscheint, ist kaum mehr als der Versuch, einen Wortbruch zu kaschieren (und geht – siehe unten – auch auf US-amerikanischen Druck zurück). Dem gleichen Zweck diente auch die von Chen ebenfalls vorgetragene Begründung, er folge lediglich einer Resolution des Parlaments, die verlange, alle Institutionen aufzulösen, die einer gesetzlichen Grundlage entbehrten. Hätte er dem freilich irgendein Gewicht beigemessen, so hätte er das Gremium ganz abschaffen müssen, die Richtlinien aber bestehen lassen können. Offensichtlich also ging es um ganz etwas Anderes.

So sahen es auch die taiwanische Öffentlichkeit und vor allem Taiwans heimliche Schutzmacht, die USA, die den Status quo des Nichtkrieges mit China keinesfalls angefasst sehen wollen, waren von Chen Shui-

bian und seiner Regierung in den letzten Jahren aber schon mehrfach düpiert worden. Sogleich nach der Ankündigung erklärte das US-Außenministerium in recht ungehaltenem Ton, man lehne einseitige Schritte ab und sei in der Sache nicht konsultiert worden. Washington verstärkte in der Folge noch den Druck auf Taipei: Man erwarte, dass die in der Vergangenheit gegebenen Zusicherungen eingehalten würden.

Auch aus Präsident Chens eigener Partei, der DPP, kam Kritik. So erklärte ein Abgeordneter, die nationale Politik sei gemäß einer Langzeitstrategie besser zu planen, um internationale Isolierung zu vermeiden. Die Mehrheit der DPP-Fraktion im Parlament unterstützte freilich den Plan. Scharfe Kritik kam natürlich von der Opposition. In Beijing dagegen reagierte man relativ zurückhaltend und ging nicht über die üblichen Warnungen vor dem „gefährlichen Weg“ in die Unabhängigkeit hinaus – wohl auch vor dem Hintergrund der US-amerikanischen Reaktion und dem für April anstehenden Besuch von Staatschef Hu Jintao in Washington.

Allen Warnungen zum Trotz blieb Präsident Chen bei seiner Entscheidung. Allerdings wurde der Wortlaut nach Abstimmung mit Gesandten der Bush-Regierung entschärft – in dem oben geschilderten Sinne, dass nun nicht mehr von einer Abschaffung die Rede ist. Die internationale Presse dramatisierte diese Entscheidung teilweise über das vertretbare Maß hinaus. So hieß es in der *FT Deutschland* am 28.2.: „Taiwans Präsident Chen Shui-bian will die Wiedervereinigung mit China als Fernziel seiner Regierungspolitik aufgeben“. Das ist natürlich

Unsinn, denn niemals war die Wiedervereinigung Fernziel seiner Politik.

Tatsächlich ändert der Schritt auch an Chens Chinapolitik nichts. Vielmehr ist die Entscheidung unter innenpolitischem Aspekt zu sehen. Bereits vor dem unseligen „defensiven Referendum“ und der letzten Präsidentschaftswahl, beide am 20. März 2004, hatte Chen Shui-bian begonnen, eine Politik zu verfolgen, die das taiwanische Nationalbewusstsein stärken und einen Übergang von der „Republik China“ zu einem republikanisch-unabhängigen Taiwan einleiten sollte. Vielen seiner Parteigänger wie auch den Anhängern des weiter außen stehenden Bündnispartners TSU stand Chen freilich immer noch zu weit in der Mitte. Nach zwei Wahlniederlagen Ende 2004 und Ende 2005 und angesichts der gesetzlich verbauten Chance auf eine Wiederwahl 2008 hat Chen also nur noch zwei Amtsjahre vor sich, in denen er offenbar versucht, Zeichen zu setzen und die Anhänger eines unabhängigen Taiwan (im Unterschied zur existierenden „Republik China“) enger um sich zu scharen. Dabei hofft er offenbar unverzagt, so eine Mehrheit der Taiwaner hinter sich zu bringen, eine Meinung, die er angesichts der letzten Wahlergebnisse als illusionär hätte erkennen sollen. Dass er sich damit gleichzeitig eventuelle Chancen auf einen Dialog mit Beijing verbaut, scheint Chen nicht zu beeindrucken – die Unabhängigkeitsbefürworter fürchten sowieso eine größere Nähe zu China.

Bleibt die Frage, warum er es immer wieder auf eine Belastung des Verhältnisses zu den USA ankommen lässt. Er hofft hier wohl darauf, dass man in Washington sei-

ner Sicht der Dinge und seiner Logik folgt. Chen und seine Anhänger betonen immer wieder, dass der Status quo bereits seit Jahren von China verletzt und zu Ungunsten Taiwans durch die gegen Taiwan gerichtete massive Raketenrüstung verschoben wird – derzeit sind es bereits 780 Raketen, die die Insel von der Provinz Fujian aus bedrohen. Taiwan müsse darauf reagieren. Seidem Beijing letzten April sein „Antiabspaltungs-gesetz“ verabschiedete, das in Taiwan als aggressiver Akt verstanden wurde, glaubt man sich noch mehr berechtigt, gegenüber China klare Grenzen ziehen zu dürfen und zu müssen, und entsprechend erwartet man in Washington verstanden zu werden.

Nachdem auch Russland und die EU ihre Besorgnis äußerten und den Frieden gefährdet sahen, hat sich die Aufregung um Chens Entscheidung wieder gemäßigt. Gleichwohl sehen Politiker weltweit ihre Sorge um den potenziellen Krisenherd Taiwan-Straße bestätigt. Präsident Chen erwies seinem Land einen schlechten Dienst. Durch eine völlig unnötige Maßnahme hat er leichtfertig Sympathien verspielt. Der weltweit nahezu völlig isolierte Staat müsste im eigenen Interesse alles vermeiden, was internationale Irritationen und Besorgnis auslöst. Statt sich durch verantwortungsbewusstes, berechenbares Verhalten internationalen Respekt als demokratisches Gemeinwesen zu verschaffen, präsentiert sich Taiwan erneut als Krisenfaktor. (CNAT, nach BBC PF, 31.1., 28.2.06; FT, 1.2.06; SCMP, 6., 7.2.06; TT, 1., 13., 20., 23., 28.2., 3.3.06; NZZ, 28.2.06; ST, 1., 28.2., 1.3.06; FAZ, NZZ, HB, alle 28.2.06)

Ma Ying-jeou gibt Details seiner Chinapolitik bekannt: „3C, 2P“

Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu), Vorsitzender der großen Oppositionspartei KMT, ging im Februar und März auf Reisen: erst nach Europa (Turin, Genf, London, Dublin, Brüssel), dann im März für neun Tage in die Vereinigten Staaten. Obwohl die Europareise an sich kommunalen Fragen gewidmet war – Ma ist Bürgermeister von Taipei –, nutzte er sie bereits für chinapolitische Erklärungen. In den USA waren Taiwans Situation und die Chinapolitik einer eventuellen zukünftigen KMT-Regierung dann überhaupt das zentrale Thema.

Mas neue Formel für die Chinapolitik, vorgestellt am 13.2. in einer Rede an der London School of Economics, lautet: „3C, 2P“, gemeint ist erstens: von der Konfrontation über Versöhnung zur Kooperation (englisch: „confrontation, conciliation, cooperation“) und zweitens: friedliche Koexistenz und gemeinsamer Wohlstand (englisch: „peaceful co-existence, joint prosperity“).

Zwar sagt diese Formel an sich wenig Konkretes aus, doch beließ es Ma nicht dabei. Konziliant im Ton ist er gleichzeitig hart in der Sache, und die größte Hürde für eine Aussöhnung sprach er in London unumwunden an: Gespräche mit der anderen Seite der Taiwan-Straße seien undenkbar, solange Taiwan von dort mit Raketen bedroht werde.

Außerdem betonte er mehrfach, dass Taiwan in der Lage sein müsse, sich selbst zu verteidigen. Mittlerweile strebt Ma offen einen Kompromiss mit der Regierung in

der umstrittenen Angelegenheit des von der Regierung gewünschten Sonderetats zur Beschaffung US-amerikanischer U-Boote und anderer kostspieliger Waffen an.

Wenige Tage später herrschte Aufregung in Teilen der KMT und bei deren Juniorpartner, der PFP: In der unabhängigkeitsorientierten Tageszeitung *Liberty Times* war eine mit Ma Ying-jeou abgestimmte (und wohl von ihm initiierte) KMT-Anzeige erschienen, in der unter der Titelzeile „Taiwans pragmatischer Weg“ zu lesen war: „Die KMT ist überzeugt, dass es gemäß demokratischem Geist mehrere Optionen für Taiwans Zukunft gibt, sei es Wiedervereinigung, sei es Unabhängigkeit, sei es der Status quo. Die Entscheidung darüber muss das Volk treffen“. Parlamentssprecher Wang Jyn-ping (Wang Jinping), innerparteilicher Rivale von Ma, äußerte sich höchst befriedigt, denn er ist längst der Ansicht, dass die KMT die Option einer unabhängigen Republik Taiwan nicht von vornherein ausschließen dürfe, kritisierte jedoch, dass die Frage zuvor innerparteilich hätte diskutiert werden müssen. Ablehnend äußerte sich unter anderem der frühere KMT-Vorsitzende Lien Chan (Lian Zhan), der letztes Jahr nach China reiste und demnächst erneut zu politischen Gesprächen mit der Kommunistischen Partei in China zusammentreffen will. Ma und der Leiter der Chinaabteilung der KMT bestritten freilich, dass hinter der Anzeige eine Änderung der KMT-Politik stehe. Tatsache ist, dass selbst Lien Chan in der Vergangenheit schon angedeutet hat, eine eventuelle Unabhängigkeit Taiwans sei nicht auszuschließen – seinerzeit fiel eine

solche Bemerkung freilich im Wahlkampf (vgl. C.a., 12/2003, Ü35).

Die Zeitungsanzeige sorgte im fernen Beijing für Irritationen: Ein Vertreter des Amts für Taiwanfragen meldete sich telefonisch bei der KMT und fragte, was es damit auf sich habe. Angeblich konnte die KMT Bedenken, sie sei nun zu einer Unabhängigkeitspartei mutiert, ausräumen. Allerdings schickte Ma Ying-jeou die ihn begleitende KMT-Sprecherin Cheng Li-wen (Zheng Li-wen) zurück nach Taiwan, um dort seinen Standpunkt besser zu vermitteln. In den USA lieferte Ma schließlich noch mehr Details seiner Chinastrategie. Wenn die KMT 2008 die Präsidentschaftswahlen gewinnt, soll Folgendes geschehen:

1. Der Dialog mit Festlandchina wird wieder aufgenommen,
2. ein vorläufiges Friedensabkommen wird ausgearbeitet,
3. die Wirtschaftsbeziehungen werden ausgebaut,
4. mit Beijing wird über Taiwans internationale Präsenz verhandelt, und
5. der Austausch in Kultur und Erziehung wird gefördert.

Es wird damit immer klarer: Ma Ying-jeou stellt für Beijing eine neue Herausforderung dar. Während er sich Beijing mit einer Reihe konstruktiver Ideen zuzuwenden verspricht, tritt er andererseits sehr selbstbewusst auf. Vor allem ist seine Forderung nach Abbau der Raketen, die Taiwan bedrohen, für Beijing ein schwer zu schluckender Brocken. Darauf eingehen wird die andere Seite nur, wenn substanzielle Gegenleistungen geboten werden. Insofern bedeutet Mas Chinapolitik auch für ihn selbst eine enorme Heraus-

forderung. Ein jedenfalls verfahrensmäßig gangbarer Weg zeichnet sich immerhin insofern ab, als sich Mas Vorbedingung für Gespräche nur auf solche zwischen den Regierungen oder ihren Beauftragten bezieht, nicht aber auf solche zwischen den Parteien. Im Dialog auf Parteiebene wären also durchaus substanzielle Verhandlungen möglich – vorausgesetzt immer, dass Ma Ying-jeou 2008 Präsident wird und die KMT die Regierung bilden kann. Denkbar ist allerdings auch, dass Ma von seiner Forderung nach Abbau der Raketen abrücken muss, wenn er sein Dialogziel nicht überhaupt in den Wind schreiben will. Vielleicht aber gelingt es ihm, der Gegenseite klar zu machen, dass China Taiwan nicht Feind behandeln dürfe, wenn es die Taiwaner für sich gewinnen will. In einer Rede an der Hoover Institution der Stanford University in Kalifornien ließ Ma Ende März keinen Zweifel, dass er die derzeitige Politik Beijing, Taiwan nicht nur militärisch zu bedrohen, sondern auch international zu isolieren, ablehnt und für revisionsbedürftig hält.

Was nun die Perspektive einer möglichen unabhängigen Republik Taiwan angeht, so unterscheidet sich Mas Position kaum noch von derjenigen Präsident Chens, der ebenfalls bei jeder Gelegenheit betont, Taiwans Zukunft müsse vom Volk in einer Abstimmung entschieden werden – und insofern sei auch für ihn, Präsident Chen, eine eventuelle Wiedervereinigung nicht auszuschließen. So war es noch explizit in einem Interview mit der FAZ vom 14.3.06 zu lesen. In einem Interview, das die BBC am 22.3. mit Ma führte, wiederholte er, das Volk von Taiwan sei frei, in der Zukunft sich für ei-

ne der drei Optionen – Verlängerung des Status quo, Wiedervereinigung, Unabhängigkeit – zu entscheiden. Ähnlich wie Chen betont auch Ma, dass Taiwan faktisch ein unabhängiger Staat sei. Er wiederholte dies bei seiner USA-Reise. Auch die Formel „ein Land, zwei Systeme“, mit der Beijing Taiwan nach dem Vorbild Hongkongs und Macaus zum Anschluss bewegen will, lehnen beide Politiker einhellig ab.

Ein Unterschied zwischen Chen Shuibian und Ma Ying-jeou ist nur insofern zu konstatieren, als Chen schon jetzt eine Bewegung fort von einer China-Identität zu einer klareren Taiwan-Identität eingeleitet hat, während Ma explizit auf eine Verlängerung und aktive Gestaltung des Status quo setzt. Es fällt ihm daher nicht schwer, den (angeblichen) Konsens von 1992 anzuerkennen, demzufolge beide Seiten die Ein-China-Doktrin vertreten – auch wenn sie Unterschiedliches darunter verstehen. Präsident Chen zufolge gab es ein solches Anerkenntnis nie, und in jedem Falle könne Taiwan sich nicht dessen Interpretation durch Beijing zu eigen machen.

Speziell für Ma war vor allem die USA-Reise ein grandioser politischer Erfolg. In Washington traf er mit Vizeaußenminister Robert Zoellick zusammen, ferner mit einer Reihe weiterer hochrangiger Politiker. Er hat sich dort faktisch als zukünftiger Präsident Taiwans vorgestellt und ins Gespräch gebracht. Dass er sich dabei auch Rügen anhören musste, was die bisherige Vereitelung des anstehenden Rüstungsgeschäfts durch die KMT-Mehrheit im Legislativ-Yuan angeht, darf man vermuten. Ma verstand aber, diesen die Spitze zu nehmen, indem er seine

Kompromissbereitschaft erkennen ließ. Interessanterweise verhielt sich Beijing betont zurückhaltend. Ein Außenamtssprecher erklärte lediglich, man lehne zwar alle Aktivitäten, die auf ein unabhängiges Taiwan zielen, strikt ab, habe aber gegen Austausch zwischen Taiwan und anderen Staaten auf Nichtregierungsebene nichts einzuwenden. Dies spricht dafür, dass man in Beijing zukünftig die Dialogchancen ausloten möchte, die sich mit Ma bieten. (CNAT, nach BBC PF, 7.2., 21., 23.3.06; ST, 18. 27.3.06; SCMP, 14.2., 24.3.06; TT, 8., 13., 15., 16., 17., 23.2., 22.3.06)

Zahl illegaler Einwanderer nimmt ab

Die Zeit ist lange her, da Flüchtlinge aus dem kommunistischen China in Taiwan mit offenen Armen willkommen geheißen wurden. Seit Jahren plagen sich die Behörden der Insel stattdessen mit viel zu vielen illegalen Einwanderern, die zurückzuschicken mangels direkter zwischenstaatlicher Kontakte schwierig ist. Zwar gibt es seit 1990 ein Abkommen, in dem sich China verpflichtet, aufgegriffene Flüchtlinge binnen zwanzig Tagen zurückzunehmen, doch hat sich die festländische Seite taiwanischen Angaben zufolge wenig daran gehalten. Vielfach müssen die Illegalen in den taiwanischen Lagern monatelang einsitzen, ehe ein Rücktransport erfolgen kann; die Übergabe erfolgt dann durch das Rote Kreuz.

Inzwischen zeitigen Maßnahmen gegen Menschenschmuggel und illegale Einwanderung deutliche Erfolge, wie der Rat für Festlandsfragen (MAC) Ende Februar meldete.

So seien 2005 nur noch 1.069 illegal eingereiste Festlandchinesen aufgegriffen worden gegenüber 1.787 im Vorjahr und 3.458 im Jahr 2003. Zu danken ist dies vor allem der Küstenwache, denn vor allem chinesische Fischerboote wurden und werden zum Menschenschmuggel eingesetzt.

Da es sich offenbar herumgesprochen hat, dass dieser Weg mit gestiegenem Risiko behaftet ist, werden heute zunehmend andere Methoden gesucht, darunter (Schein-)Heiraten, die von entsprechenden Agenturen gesetzwidrig vermittelt werden, ferner touristische Taiwanreisen und Besuche von Angehörigen. In diesen Fällen erfolgt die Einreise zwar legal, aber die Leute tauchen anschließend unter.

Unter anderem als Folge davon hat sich die Zusammensetzung des illegalen Migrantenstroms stark gewandelt. Kamen früher ganz überwiegend Frauen, sind es heute zunehmend Männer. So waren noch 2004 1.077 der 1.787 Festlandchinesen weiblichen Geschlechts gewesen; dagegen wurden 2005 nur noch 182 Frauen festgenommen. Frauen, die per Scheinheirat ins Land kamen, sind in der Ziffer freilich nicht erfasst.

Zurzeit warten 1.200 illegal eingereiste Festlandchinesen auf ihre eventuelle Abschiebung. (TT, 28.2., 29.3.06)

Wirtschaft: mehr Wachstum, schlechtere Perspektive

Bei den Wirtschaftsnachrichten standen im Februar gute und schlechte Meldungen hart nebeneinander.

Zunächst zu den guten: Taiwans Ausfuhren legten im 4. Quartal 2005 um 6,4%

gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu und übertrafen damit die Erwartungen von 5,03% deutlich. Die offizielle Schätzung des Wirtschaftswachstums für das 4. Quartal 2005 wurden daher von zuvor 4,08% auf nunmehr 4,25% angehoben; für das ganze Jahr 2005 ergibt sich nunmehr ein Plus von 4,09%. Auch stiegen die Exportbestellungen im Januar 2006 um 20% gegenüber Januar 2004.

Diese guten Zahlen relativieren sich freilich, wenn andere Vergleichswerte herangezogen werden. So hatte das Wirtschaftswachstum 2004 noch 6,07% betragen. Gegen Ende 2005 hatte vor allem die Verbrauchernachfrage an Dynamik eingebüßt und im 4. Quartal nur noch um 2,77% zugelegt, während sie im 3. Quartal noch um 3,69% gewachsen war (jeweils gegenüber Vorjahreszeitraum).

Sorge bereiten aber vor allem die Perspektiven für 2006. Das Nachfragewachstum beim Privatkonsum soll sich weiter abschwächen (auf +2,96% gegenüber +3,0% im Vorjahr), doch wurden auch Befürchtungen laut, dass es zu einem absoluten Rückgang kommt, da immer mehr Privathaushalte überschuldet sind und die Banken erst einmal die alten Kredite getilgt sehen wollen. Gravierender sind Befürchtungen, dass der Abschwung beim Wirtschaftswachstum schneller kommt als erwartet. Potenzielle Investoren scheuen vor allem die anhaltend hohen und sich womöglich noch verschärfenden politischen Risiken. Die Entscheidung von Präsident Chen, den Nationalen Vereinigungsrat stillzulegen, sorgte bereits für zusätzliche Unruhe, und wenn Chen, wie angekündigt, mit einem neuen Verfassungs-

entwurf ernst macht, wird das Krisenrisiko weiter wachsen. Zudem rücken die Direktverbindungen mit dem Festland bei Handel und Transport in immer weitere Ferne, so dass sich mögliche wirtschaftliche Synergien nicht erzielen lassen. Damit schwindet Taiwans Attraktivität als Ziel ausländischer Investoren. (WSJ, 24.2.06; ST, 28.2.06)

Mehr Unzufriedenheit mit der Umweltpolitik – ein Kommunikationsproblem?

Präsident Chen war im Jahr 2000 mit dem Ziel angetreten, Taiwan zu einer „grünen Insel“ zu machen – zu einem Land, das die Gesetze der Ökologie achtet, vergangene Umweltsünden nicht fortführt und Schäden repariert. Zunächst erhielt die Regierung für ihre Umweltpolitik auch relativ gute Noten. Neuerdings aber nimmt die Unzufriedenheit wieder zu. Mehr Menschen als früher empfinden die Umweltqualität als ungenügend. Ein aus diversen Einzelkriterien gebildeter „Unzufriedenheitsindikator“ stieg auf zuletzt 70,1 Punkte. Als er 1995 erstmals gebildet worden war, hatte er 78,7 Punkte betragen und war dann dank staatlicher Umweltschutzmaßnahmen bis 2003 auf 67 Punkte gesunken. Bei der von der Umweltschutzstiftung in Auftrag gegebenen und im Januar durchgeführten Erhebung, die diesen Werten zu Grunde liegt, waren 37% der Befragten der Ansicht, die Umweltqualität habe sich in den letzten fünf Jahren verschlechtert. 44% hielten Landnutzungsprobleme für gravierend. 90% verlangen besseren Schutz vor Dioxin in der Nahrung – kürzlich wurde

dieses schwere Gift in Enteneiern nachgewiesen.

Seltsamerweise ist es nun gerade eine neuerliche Maßnahme des Umweltschutzes, die zum öffentlichen Ärgernis geworden ist – die Tatsache nämlich, dass seit Jahresanfang Plastiktüten beim Einkauf vom Käufer bezahlt werden müssen. Ziel der Maßnahme war, die Flut an Plastiktüten einzudämmen, die, kaum verrottbar, am Ende durch die Landschaft fliegen. Jetzt bemängeln viele, es gäbe nur zwei Effekte: Einerseits verdienten die Firmen, die die Plastiktüten herstellen und verkaufen, mehr Geld, ohne dass dieses der Umwelt zugute käme, und andererseits wichen viele Verbraucher auf Papiertüten aus. Ein Umweltaktivist erklärte, die Regierung habe es versäumt, ihre Plastiktütenpolitik, die völlig korrekt sei, der Bevölkerung zu vermitteln und für entsprechende Akzeptanz zu sorgen.

Der seltsame Widerspruch, dass die Umwelt trotz einer ökologieorientierten Politik als sich verschlechternd wahrgenommen und gleichzeitig eine effektive Umweltschutzmaßnahme abgelehnt wird, könnte in der Tat auf ein Kommunikationsproblem hindeuten. Auch wäre die wachsende Unzufriedenheit dadurch erklärlich, dass sich im Zuge der ökologischen Politik das allgemeine Umweltbewusstsein erhöht hat, sodass bestimmte Mängel heute als gravierender empfunden werden als früher. Gleichwohl liegt noch vieles im Argen. Beispielsweise gab das Umweltamt im Februar bekannt, dass die Verschmutzung der Flüsse streckenweise noch alarmierend hoch ist und sich teilweise noch verschlimmert hat. So ermittelten 2005 durchgeführte Messungen am

mitteltaiwanischen Fluss Beigang Xi, dass 47,2% seines Laufs schwer belastet sind. Im Vorjahr hatte der Wert erst bei 43% gelegen. Beim Nankan Xi in Kreis Taoyuan verschlechterte sich der entsprechende Wert binnen Jahresfrist von 28,9 auf 35,3%. Versäumnisse bestehen hier vor allem auf seiten der Kreis- und Stadtregierungen, die keine ausreichenden Kläranlagen bauen, sodass ein Großteil der Abwässer völlig unbehandelt in die Flüsse gerät, und zudem Einleitungen seitens der Industrie nicht genügend kontrollieren.

Im internationalen Vergleich steht Taiwan jedoch auch nicht sonderlich schlecht da. Aufschluss gibt der *Pilot 2006 Environmental Performance Index*, den das Yale Center for Environmental Law & Policy und das Center for International Earth Science Information Network der Columbia University jüngst veröffentlichten. Darin werden bestimmte Umweltkriterien zu einem allgemeinen Indexwert umgerechnet. Untersucht wurden 133 Länder. Neuseeland erhielt mit 88 Punkten den besten Wert. Deutschland kam mit 79,4 Punkten auf den 22. Platz, Spanien auf den 23, dahinter folgte auf Platz 24 mit 79,1 Punkten Taiwan – noch vor den Vereinigten Staaten (78,5 Punkte, Rang 28) und weit vor China (56,2 Punkte, Rang 94). (TT, 25.1., 8., 12.2.06; www.yale.edu/epi/2006EPI_MainReport.pdf, Aufruf am 4.4.06)

Taiwan stärkt Beziehungen mit Indien

Taiwan möchte seine Wirtschaftsbeziehungen mit Indien ausbauen. Dies ist die Haupt-

botschaft des Rats für taiwanisch-indische Zusammenarbeit (Taiwan-India Cooperation Council, TICC), der am 12. Februar ins Leben gerufen wurde. Mitglieder sind Geschäftsleute, Politiker und Akademiker. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Vorsitzende der regierenden Demokratischen Fortschrittspartei Yu Shyi-kun (You Xikun) gewählt.

Diese Personalie deutet bereits an, worum es bei der Initiative politisch geht. Die „Go-South“-Politik von einst ist gescheitert. Sie wurde propagiert mit dem Ziel, Taiwans Investitionen statt nach China lieber in süd-ostasiatische Länder fließen zu lassen, doch dort fanden Taiwans Unternehmer nicht das für sie wegen der kulturellen Nähe beinahe ideale Umfeld, wie es ihnen China bietet. Im Falle von Indien sehen die Mitglieder des neu gegründeten Rates bessere Perspektiven. Zum einen gebe es einen riesigen indischen Mittelstand, der als Abnehmer taiwanischer Importe in Frage komme, zum anderen könnten sich die hohe indische Kompetenz in Sachen Software-Entwicklung und Taiwans Know-how in der Halbleiter- und Informationstechnikindustrie hervorragend ergänzen, und drittens richte Indien gerade Wirtschaftssonderzonen ein, die für taiwanische Investoren interessant werden könnten.

Dass die taiwanisch-indischen Wirtschaftsbeziehungen noch ein großes Potenzial bergen, ist kaum zu bestreiten. Der bilaterale Handel hatte 2004 lediglich ein Volumen von 1,9 Mrd. US\$. Taiwanische Investitionen in Indien summieren sich auf derzeit rund 2 Mrd. US\$ – ein Hundertfünfzigstel des Wertes taiwanischer Chinainvestitionen.

Nicht nur für die taiwanische Regierung ist die hohe Abhängigkeit taiwanischer Auslandsinvestitionen sowie des taiwanischen Außenhandels von China beunruhigend und angesichts des Fehlens politischer Beziehungen mit China bei gleichzeitiger militärischer Bedrohung von dort beängstigend. Eine Diversifizierung taiwanischer Wirtschaftsaktivitäten in Richtung Indien wäre schon von daher überaus willkommen.

Ob bzw. in welchem Maße Taiwans Unternehmerschaft die neuen Signale pro Indien aufgreift und nutzt, ist einstweilen nicht abzusehen. Von der Presse kolportierte Stimmen taiwanischer Unternehmer ergeben ein widersprüchliches Bild. Tatsache ist sicher, dass Investitionen in Indien für taiwanische Firmen auf Grund der kulturellen Unterschiede schwieriger sind als in China. Selbst wenn es mit Indien beim wechselseitigen Handel und bei der Investitionstätigkeit zu dramatischen Steigerungsraten kommen sollte, was nicht auszuschließen ist, wird sich an der wachsenden Abhängigkeit Taiwans vom chinesischen Markt und von China als Investitionsstandort nichts Wesentliches ändern.

Immerhin ziehen Regierung und Opposition in Sachen Indien an einem Strang. Eine taiwanische Parlamentarierdelegation, die im Februar nach Indien reiste, bestand aus Mitgliedern aller vier größeren im Legislativ-Yuan vertretenen Parteien. Auch eine taiwanisch-indische Parlamentariergruppe wurde unterdessen gegründet.

Indien unterhält mit Taiwan keine diplomatischen Beziehungen. In Beijing werden die auf Indien gerichteten Avancen Taipeis daher kritisch beäugt. Ein chinesischer Diplomat in Neu-Delhi ermahnte die indische

Regierung bereits zur Vorsicht, ergänzte freilich auch, wo taiwanische Unternehmer investierten, sei deren Sache. (FT, 11.2.06; TT, 12.2., 27.3.06; ST, 17.2.06)

Weiter sinkende Geburtenrate, doch steigende Bevölkerungsdichte

Im März wurden neue Zahlen zur Geburtenentwicklung bekannt. Demnach ging die Durchschnittszahl der Geburten pro Frau weiter zurück; sie betrug 2004 1,12 bei Taiwanerinnen und 1,18, wenn nichttaiwanische Mütter im Lande mitgerechnet werden. Der zur Aufrechterhaltung der Bevölkerungszahl nötige Wert beträgt 2,1. Da frühere geburtenstarke Jahrgänge ins reproduktionsfähige Alter kommen und die Lebenserwartung insgesamt steigt, wird das Bevölkerungswachstum allerdings noch die nächsten Jahrzehnte anhalten; bis zur Stagnation und eventueller Schrumpfung werden noch rund 30 Jahre vergehen – abhängig davon, ob der Geburtenrückgang anhält, der mehr und mehr zu Ein-Kind- oder Kein-Kind-Familien führt.

Auf Kreis- und Stadtgemeindeebene wird teilweise versucht, die Einwohner durch finanzielle Anreize dazu zu bewegen, mehr Kinder zu bekommen. Beispielsweise zahlt die Stadt Hsinchu (Xinzhū) Jungverheirateten 15.000 NT\$ (ca. 375 Euro) für das erste Kind, wenn dieses innerhalb eines Jahres nach der Hochzeit geboren wird. Unabhängig von einer zeitlichen Bedingung erhöht sich die städtische Prämie für ein zweites Kind auf 20.000 NT\$ und für ein drittes Kind auf 25.000 NT\$ (ca. 500 bzw. 625 Eu-

ro). In Taipei-Stadt erhalten Eltern für das zweite Kind bis zur Vollendung von dessen zweitem Lebensjahr monatlich 2.500 NT\$ (ca. 63 Euro).

Da die für ein Kind aufzubringenden Gelder um ein Mehrfaches höher sind, ist kaum damit zu rechnen, dass die als bescheiden einzustufenden materiellen Anreize an der sinkenden Bereitschaft, Kinder zu zeugen, etwas ändern werden. Unterdessen sind die Auswirkungen an den Schulen bereits massiv zu spüren. Die Klassengrößen sind von 50 bis 60 Schülern vor zwanzig Jahren auf nunmehr 10 bis 30 gesunken. Als Konsequenz daraus wird in Taipei-Stadt die Zahl der Eingangsklassen in den Grundschulen nun um 122 reduziert. Dass Lehrer in entsprechendem Umfang entlassen werden, gilt als sicher. Weiter gehende Auswirkungen auf Rentenversorgung und Gesundheitskosten werden auch in Taiwan bereits diskutiert bzw. machen sich bereits bemerkbar.

Eine schrumpfende Bevölkerung könnte freilich den Druck auf die Inselressourcen mindern. Unter den Staaten mit mindestens 10 Mio. Einwohnern ist Taiwan nämlich nach Bangladesch das am zweitdichtesten besiedelte Land der Erde. Ende 2005 wurde ein Wert von 629 Einwohnern pro Quadratkilometer erreicht. Gegenüber 2004 hatte sich die Bevölkerungszahl um 81.000 Personen erhöht, davon gingen 66.000 auf das Konto des nach wie vor vorhandenen Geburtenüberschusses, während der Migrationsgewinn 15.000 Personen betrug. Die hohe Bevölkerungsdichte ist für zahlreiche Umweltprobleme mit verantwortlich und stellt wegen des knappen Raumes besonders hohe Anforderungen an die Trinkwasserver-

sorgung, obwohl Taiwan über reichlich Niederschläge verfügt. (TT, 6.3.06; CNAT, nach BBC PF, 5.2.06)